



⇒ Dirk Jörke

Die Krise des politischen Liberalismus. Jan-Werner Müller konstatiert eine »zweifache Sessession«, weiß aber auch keine Heilmittel und flüchtet sich ins Normative

Der in Princeton lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller ist spätestens seit seinem Buch *Was ist Populismus?* hierzulande einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Dieses Buch, inzwischen in der sechsten Auflage erschienen, hat sich zu einem der meistverkauften und -zitierten Beiträge zur Deutung des sogenannten Populismus entwickelt. Müller begreift den Populismus als eine antipluralistische und antiliberalistische Politikvorstellung. Populisten träten mit dem Anspruch auf, nur sie wüssten, wer zum Volk gehöre und was dieses Volk denke – und sie würden auf diese Weise, so Müller, den Raum des demokratischen Streitens zu schließen versuchen.

Auch in seinem neuen Buch, fünf Jahre später erschienen und unter dem Eindruck der US-amerikanischen Präsidentschaft Donald Trumps sowie der Verfestigung autoritärer Tendenzen in Brasilien, Indien, der Türkei, Ungarn und Polen verfasst, rückt Müller von dieser Populismus-Definition nicht ab: Populisten beanspruchten, nur sie allein würden das »wahre Volk« repräsentieren. Doch gerade durch diesen Alleinvertretungsanspruch würden sie das Volk spalten und demokratische Verfahren unterlaufen. Auch populistische Forderungen nach mehr direkter Demokratie seien Lippenbekenntnisse, »vielmehr ist die richtige kollektive Antwort auf eine Frage immer schon bekannt« (39).

Demokratie bestünde demgegenüber, wie Müller im weiteren Verlauf und unter Heranziehung von Stichwortgebern wie Claude Lefort und Hans Kelsen verdeutlicht, wesentlich gerade im Offenhalten von dem, was der Wille des Volkes ist und auch in der Umstrittenheit der Frage, wer überhaupt zum Volk gehört. Insofern verweist Müller überzeugend

darauf, dass neben den Grundprinzipien der Freiheit und Gleichheit auch die »Ungewissheit« über den Ausgang demokratischer Verfahren zum Wesenskern der modernen Demokratie gehört. »Demokratie lässt sich definieren als ein System, in dem Parteien Wahlen

Jan-Werner Müller (2021): Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie? Berlin: Suhrkamp. 270 S., ISBN 978-3-518-42995-2, EUR 24,00.

GND: 10.18156/eug-1-2022-rez-12

verlieren.« (96) Doch damit nicht genug: »In Demokratien verlieren nicht nur Parteien Wahlen, in echten Demokratien müssen zumindest gelegentlich auch mächtige Interessen bei Wahlen verlieren.« (103) Aus der empirischen Forschung wissen wir, dass das zumindest mit Blick auf die liberalen Demokratien des Westens gegenwärtig nicht der Fall ist – und auch Müller zitiert entsprechende Untersuchungen. Doch dazu unten mehr.

Aus dem normativen Erfordernis der Ungewissheit demokratischer Entscheidungsprozesse folgt für Müller die Betonung der Rolle einer »systemkompatiblen« Opposition als »wesentliches Element der repräsentativen Demokratie« (92). Zudem grenzt er sich von lottokratischen Modellen ab, also der Ersetzung gewählter Repräsentanten durch geloste Bürgerversammlungen, wie sie im Umkreis deliberativer Theorien der Demokratie vorgeschlagen werden. Müller schreibt entsprechenden Vorschlägen und Theorien nicht völlig zu Unrecht eine »technokratische« Tendenz mit einem Hang zur Entpolitisierung zu (112) und spricht sich dezidiert für ein repräsentatives Verständnis von Demokratie aus. Dabei schließt er an Überlegungen etwa von Nadia Urbinati oder auch von Iris Marion Young an, die den konstruktiven Charakter repräsentativer Verfahren betonen. Durch politische Repräsentation würden Interessen und Identitäten nicht lediglich abgebildet, sondern es herrsche zumindest potenziell ein ständiger Dialog zwischen Repräsentanten und Repräsentierten wie auch zwischen Mehrheit und Minderheit, sodass Interessen und Identitäten gerade auch erst durch den Prozess der Repräsentation wenn nicht erzeugt, so doch zumindest bewusst gemacht werden könnten. Doch das Gelingen dieses Dialogs hänge »vom Zustand der kritischen Infrastruktur einer Demokratie« (115), namentlich von Parteien, Bewegungen und Medien, ab.

Dass diese Infrastruktur sich nicht in bester Verfassung befindet, ist in den vergangenen Jahren vielfach beschrieben worden. So ist prominent von Kartellparteien die Rede, immer mehr lokale Zeitungen sind vom Markt verschwunden, die politische Berichterstattung in den Rundfunksendern ist immer mehr in Richtung »Politainment« gekippt, und auch die Hoffnungen auf ein Mehr an Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie durch das Internet haben sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil, insbesondere die sozialen Medien stehen für Polarisierungen und *fake news*. Müller ist sich dieser Tendenzen bewusst, vermeidet aber alarmistische Krisenszenarien, auch wenn er an einer Stelle selbst von einer »tiefen Krise« spricht (149).

Das gibt Anlass, nach Gegenmitteln zu fragen, doch die von Müller vorgeschlagenen Instrumentarien zur Reanimierung dieser »kritischen

Infrastruktur« vermögen nicht wirklich zu überzeugen. So schlägt er zum einen ein »Gutscheinsystem« vor (184), mit dem die Bürgerinnen und Bürger Parteien ihrer Wahl – zur Vermeidung der Oligarchisierung der Parteienfinanzierung und in der Konsequenz auch der Politik – oder auch Medien zur Gewährleistung eines hinreichenden Pluralismus unterstützen können. Allerdings räumt er selbst ein, dass entsprechende Experimente bislang kläglich gescheitert sind (182). Ein weiteres Instrumentarium zur Revitalisierung der parlamentarischen Demokratie wäre für Müller die Einführung geloster Versammlungen, die jene institutionellen Materien entscheiden sollen, die Parteien aufgrund ihrer spezifischen Interessenlage nicht in einem gemeinwohlverträglichen Sinne bearbeiten könnten, nicht zuletzt die Größe von Parlamenten und Parteienfinanzierung. An dieser Stelle weicht Müller also bewusst von seiner Kritik einer Ersetzung gewählter Repräsentanten durch geloste Bürger ab. Das ist gewiss ein sinnvoller Vorschlag, dürfte aber nicht wirklich dazu beitragen, der im ersten Kapitel als »zweifache Sezession« beschriebenen Unterminierung der Demokratie entgegenzuwirken, wie Müller dann auch selbst einräumt (vgl. 183).

Doch was ist mit den beiden »Sezessionen« gemeint? Müller verweist hier auf soziale Entwicklungen, die nahezu alle westlichen Gesellschaften, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität betreffen. Die erste Sezession ist laut Müller »die der privilegiertesten Gruppen« (42), also der Umstand, dass jene gesellschaftliche Klasse, die über die höchsten Bildungszertifikate und zumeist auch über größere Einkommen wie Vermögen und nicht zuletzt über ein überdurchschnittliches soziales Kapital verfügt, größtenteils unter sich bleibt. In den Worten von Müller: »Die Gebildeten und Wohlhabenden heiraten untereinander, leben eng beieinander und reproduzieren viele ihrer Privilegien über Generationen hinweg.« (43) Die zweite Sezession besteht demgegenüber darin, dass sich eine »wachsende Zahl von Bürgern am unteren Ende des Einkommensspektrums« (50) von den demokratischen Ritualen größtenteils verabschiedet hat.

Die dahinterstehende Annahme scheint nun darin zu bestehen, dass derartige Abspaltungen sich nicht mit einer demokratischen Praxis vereinbaren lassen. Demokratische Beteiligung verkomme immer mehr zu einem Privileg der »Gebildeten und Wohlhabenden«: »An der Spitze stehen Bürger, die sich stark an der Politik beteiligen, aber zugleich viele Möglichkeiten haben, irgendwo anders hinzugehen. Die abgesonderte Nation unten setzt sich aus Männern und Frauen zusammen, die sich kaum mit Politik befassen und eigentlich nirgendwo hinkönnen.« (53) Schließlich sei auch die Mittelschicht unter Druck geraten, mit der

Folge, dass insbesondere die zunehmende Angst vor sozialem Abstieg, wenn nicht dem eigenen so dem der eigenen Kinder, für die gegenwärtige populistische Welle verantwortlich sei (vgl. 53). Mit diesen Annahmen schließt Müller sich einer materialistischen Deutung des Populismus an, allerdings wird dieser Aspekt nicht systematisch entfaltet.

So ist es wenig verwunderlich, dass die damit gelegte Spur in den folgenden Kapiteln des Buches keine entscheidende Rolle mehr spielt. Stattdessen kommt es, wie dargelegt, zu demokratietheoretischen Grundlagenreflexionen sowie institutionellen Reformvorschlägen, die zwar auf einer normativen Ebene größtenteils überzeugend ausfallen, doch zugleich ebenso hilflos wie nostalgisch wirken. Das ist insofern bedauerlich, als im Unterschied zu Müllers früheren Publikationen zum Populismus in diesem Band durchaus Ansätze einer gesellschaftstheoretischen Analyse der Ursachen der Abwendung größerer Teile der Bevölkerung von der liberalen Demokratie existieren. Zugleich finden sich aber auch in diesem Buch immer wieder Passagen, die sich vielleicht am besten als normative Geschmacksurteile charakterisieren lassen, etwa wenn Müller schreibt, dass »manche Bürger bereit« seien, »eine Beschädigung der Demokratie in Kauf zu nehmen – so denn die politischen Abbruchunternehmer ihnen einen persönlichen Vorteil versprechen« (54).

Sätze wie dieser dienen einer liberalen Selbstvergewisserung. Natürlich ist nicht zu bestreiten, dass populistische Politiker und auch Teile ihrer Wählerschaft sich demokratiegefährdend verhalten – und Müller führt dafür in seinem Buch zahlreiche Belege an. Doch darf die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Populismus nicht bei dieser Kritik stehen bleiben. Die vergleichsweise hohe Stabilität der liberalen Demokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den meisten Staaten des Westens hatte wesentlich etwas mit den sozioökonomischen wie kulturellen Strukturen des fordistischen Wohlfahrtsstaates zu tun. Diese sind seit nunmehr einem guten Vierteljahrhundert unter Druck geraten. Die populistische Revolte ist ein wirkmächtiges Symptom dieser »Krise«. Eine demokratietheoretische Antwort sollte sich daher nicht darin erschöpfen, die immer gleichen normativen Grundprinzipien der liberalen Demokratie zu beschwören, sondern möglichst konkrete Vorschläge zur Überwindung der »zwei Sezessionen« formulieren.

Dirk Jörke, *1971, Dr. phil., Prof., Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte, TU Darmstadt (joerke@pg.tu-darmstadt.de).

Zitationsvorschlag:

Jörke, Dirk (2022): Rezension: Die Krise des politischen Liberalismus. Jan-Werner Müller konstatiert eine »zweifache Sezession«, weiß aber auch keine Heilmittel und flüchtet sich ins Normative. (Ethik und Gesellschaft 1/2022: Wohnvermögen). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2022-rez-12> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

1/2022: Wohnvermögen

Uwe Höger: Wohn-Vermögen. Zur wohnungswirtschaftlichen, politischen und biographischen Bedeutung des Einfamilienhauses in Deutschland

Gisela Schmitt: Wohnen auf gemeinsamen Boden

Corinna Hölzl: Potenziale und Grenzen von Housing Commons zur Reduzierung der Ungleichverteilung von urbanem Wohnvermögen – Das Beispiel des Mietshäuser Syndikats

Vanessa Lange, Jan Üblacker: Ländliche Gentrifizierung und soziale Konflikte. Das Beispiel Gerswalde bei Berlin

Julian Degan: Die Entwicklung der Wohnraumpreise. Wie die Wohnungsfrage wieder zu einer sozialen Frage wurde

Torsten Meireis, Lukas Johrendt, Clemens Wustmans: Die Stadt als Garten. Zum Recht auf urbanes Wohnen im Nachhaltigkeitskontext